

Medienmitteilung

**Tagung der Schweizerischen Archivistinnen- und Archivdirektorenkonferenz
ADK vom November 2019**

Erinnerung – Recht und Pflicht! Publikation zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Die Schweizerische Archivistinnen- und Archivdirektorenkonferenz ADK hat im vergangenen November im Rathaus Bern eine Tagung zum Thema fürsorgliche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen durchgeführt. Prominente Referentinnen und Referenten hielten aus verschiedenen Blickwinkeln Rückschau auf die Arbeit, welche die Archive in den letzten Jahren in diesem Bereich geleistet haben. Die Beiträge sind nun im Chronos Verlag in Form eines Tagungsbandes erschienen.

Letzten November lud die Schweizerische Archivistinnen- und Archivdirektorenkonferenz ADK eine interessierte Öffentlichkeit ins Berner Rathaus, um Rückschau auf ihren Einsatz rund um die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 zu halten. Die schweizerischen Archive haben in den vergangenen fünf Jahren einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der jüngeren Schweizer Geschichte geleistet, indem sie rund 8'000 Dossiers für Betroffene zusammengestellt und damit dazu beigetragen haben, dass diese ein Gesuch um einen Beitrag aus dem Solidaritätsfonds des Bundes stellen konnten. Gleichzeitig haben sie zahlreiche Forscherinnen und Forscher dabei unterstützt, die Zwangsmassnahmen wissenschaftlich zu untersuchen.

Die Beiträge der Referentinnen und Referenten dieser Tagung sind nun in Buchform im Chronos Verlag Zürich erschienen. Die Ausführungen der Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr, von Guido Fluri, Initiator der Wiedergutmachungsinitiative, Luzius Mader, ehemaliger Delegierter des Bundesrates für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen, Beat Gnädinger, Staatsarchivar des Kantons Zürich, Christoph Auer, Staatsschreiber des Kantons Bern, Anne-Françoise Praz, Historikerin und ehemalige Vizepräsidentin der Unabhängigen Expertenkommission, Alexander Grob, Psychologe und Präsident der Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramm P 76 «Fürsorge und Zwang» sowie von Gilbert Coutaz, ehemaliger Staatsarchivar des Kantons Waadt, liegen ein halbes Jahr nach der Tagung in publizierter Form vor.

Dieses Fazit, erstellt zu einem Zeitpunkt, in dem die Aufarbeitung der während der regulären Frist eingegangenen Gesuche mehrheitlich abgeschlossen war, wird für kommende Generationen von Forscherinnen und Forschern, aber auch für die Öffentlichkeit einen willkommenen Überblick über die Entstehung der Wiedergutmachungsinitiative und die Reaktionen der Politik darauf bieten. Es zeigt in kompakter Form auf, wie die Verwaltung auf die grossen Herausforderungen, die das in ausgesprochen kurzer Zeit entstandene Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung vor 1981 (AFZFG) mit sich brachte, reagierte, wie die Archive in der ganzen Schweiz diese Situation unbürokratisch und pragmatisch meisterten, und wie die Forschung damit umging. Die Publikation kann beim Chronos Verlag Zürich oder in jeder Buchhandlung bezogen werden.

Vergangenen Freitag, 19. Juni 2020 hat die Eidgenössische Bundesversammlung der Änderung des AFZFG mit grossem Mehr zugestimmt und damit die Frist für eine Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag gestrichen. Es besteht damit ab sofort keine zeitliche Beschränkung mehr. Sofern kein Referendum dagegen ergriffen wird, tritt das Gesetz per 1. November 2020 in Kraft. Bereits jetzt nimmt das Bundesamt für Justiz wieder Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag entgegen.

(<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/fszm/solidaritaetsbeitrag.html>)

Hinweise:

Diese Medienmitteilung ist elektronisch verfügbar unter: <https://www.adk-cda.ch>

Der Band wird hier vorgestellt: <https://www.chronos-verlag.ch/node/27405>

Kontaktpersonen:

Barbara Studer, Staatsarchivarin des Kantons Bern, Tel. +41 31 633 51 10, barbara.studer@be.ch

Alain Dubois, Kantonsarchivar des Wallis, Tel. +41 79 741 40 97, alain.dubois@admin.vs.ch